



Zur Lage.

Unser Berliner —Correspondent meldet:
In hiesigen politischen Kreisen will man pessimistischen Folgerungen aus dem Thronwechsel in Rußland nicht Raum geben. Die allgemeine Auffassung, welche übrigens auch am Hofe sich geltend macht, geht dahin, daß die Nothwendigkeit innerer Reformen augenblicklich in Rußland jede Verwicklung nach außen hin fernhalten möchte. Man nimmt auch hier an, daß der Thronwechsel in Rußland fördernd auf die diplomatischen Verhandlungen in Konstantinopel und zwar zu Gunsten eines friedlichen Ausganges führen werden. — Die erneut auftauchenden Angaben vom Schluß oder Aufhebung des Reichstages vor Ostern, welche sogar ihren Weg in die Presse gefunden haben, sind besten Vernehmen nach völlig grundlos. Die Regierung will namentlich die Steuervorlagen möglichst durchzubringen suchen, sie legt ferner das größte Gewicht auf das Votum des Reichstages über das Unfall-Versicherungs- und auch wohl über das Innungsgesetz. Unter solchen Umständen wird sich die Session zweifellos bis in den Mai hinausziehen.

Deutschland.

0. C. Reichstags-Verhandlungen.

16. Sitzung vom 16. März.

12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes v. Bötticher, Scholz u. A. Präsident v. Schöller eröffnet die Sitzung mit folgender Mittheilung, welche die Mitglieder des Reichstages stehend anhören: „Ich habe Ihnen zunächst, meine Herren, mitzutheilen, daß in Folge Ihres Beschlusses vom vorgestrigen Tage das Präsidium die Ehre gehabt hat, von Sr. Majestät in Audienz empfangen zu werden, um die Theilnahme des Reichstages an dem schweren Verlust auszubringen, von welchem Sr. Majestät und die kaiserliche Familie betroffen worden ist. Sr. Majestät hat in huldvoller Weise das Präsidium empfangen und wiederholt zum Ausdruck gebracht, wie wohlthuend ihm die Kundgebung des Reichstages berührt hat, und wiederholt das Präsidium beauftragt, dem Reichstage Seinen kaiserlichen Dank auszusprechen. Ich entlege mich hiemit dieses Allerhöchsten Auftrages.“

Das Haus tritt nunmehr in die Beratung des Etats der Zölle, Verbrauchssteuern und Abgaben für das Jahr 1881—1882 ein, welchen die Budgetcommission unterbreitet zu genehmigen beantragt. Auf Grund der Einnahmen im October 1880 bis Januar 1881 wird der Ertrag für das neue Etatsjahr auf 201,300,000 M. brutto und 188,250,000 M. netto veranschlagt.

Ref. v. Benda constatirt für das laufende Jahr eine Mehreinnahme von 5—6 Millionen gegen den Vorschlag. Was die erläuternde Bemerkung im Etat betreffe, daß die in Folge des beabsichtigten Einfusses der Stadt Altona in die Zolllinie eintretenden Änderungen bei der Etatsaufstellung nicht berücksichtigt worden, da eine genauere Veranschlagung derselben zur Zeit unthunlich sei, auch der Tag des Zollanschlusses noch nicht feststehe, so habe die Reichsregierung in der Commission erklärt, daß sie nicht beabsichtige, die Erledigung dieser wichtigen Frage bei dieser Gelegenheit fühligkeitsvoll herbeizuführen; andererseits habe sie aber betont, daß die Ausführung dieses Projectes von der Bewilligung des Reichstages abhängig sei.

Staatssecretär Scholz: Ich habe in der Commission nicht die letzte gedachte Erklärung abgegeben, vielmehr gesagt, daß, wenn jene Maßnahme noch im Laufe des Etatsjahres zu Stande kommen sollte, nach der Aufassung der Reichsregierung keine solche Kosten dadurch erwachsen würden, die von der Bewilligung dieses Hauses abhingen.

Abg. Sänel beantragt, auf Grund dieser Erklärung Titel 1 unbeschadet der weiteren Durchberatung desselben in zweiter Lesung in die Budgetcommission zurückzuverweisen, damit sie über die etatsmäßigen Rückwirkungen jener Erklärung Bericht erstatte.

Abg. v. Minnigerode: Principiell steht die Zollanschlußfrage mit dem Etat in keinem Zusammenhang; von einer etatsmäßigen Rückwirkung kann daher nicht die Rede sein. Eine Zurückverweisung würde auch den Abschluß der Staatsberatungen verzögern.

Abg. v. Bennigsen: Nach den Erklärungen der Reichsregierung können noch Mißverständnisse übrig bleiben, welche nur in der Commission gehoben werden können, zumal dadurch ein Aufenthalt in den Beratungen zweiter Lesung nicht eintreten dürfte.

Abg. Lasker: Aus den Erläuterungen geht hervor, daß der Anschluß an sich zu diesem Staatsposten gehört. Heute hören wir, daß überhaupt der Reichstag hierbei nicht interessiert sei. Für eine Organisation sind zwei Wege offen: der der Gesetzgebung und der der Vertheilung beim Etat. Die Regierung pflegt sonst den letzteren zu betreten. Jetzt sind wir in der Gefahr, daß die Sache zwischen durch fallen soll. Mir scheint das Einfachste, daß hier Klarheit hergestellt wird, und die Budgetcommission sich über den Effect der heutigen Erklärung informirt.

Staatssecretär Scholz: Der Vorredner hat meine Erklärung nicht richtig wiedergegeben. Ich sagte nicht, daß die Zollanschlußfrage den Etat nicht berühre, sondern nur, daß, wenn die Maßnahme im Laufe des Etatsjahres zu Stande kommt, nach der Aufassung der Regierung nicht solche Kosten entstehen, zu denen die Bewilligung des Reichstages nöthig wäre. Daß die Frage die Staatsziffer berührt, ist sehr wohl möglich.

Abg. Lasker: Die jetzige Erklärung ist noch schlimmer. Wollen Sie Ihre verfassungsmäßigen Rechte so ohne Weiteres weggeben und sich mit diesem oralen Auspruch begnügen, aus dem als gewiß nur hervor geht, daß man den Reichstag nicht zuziehen wolle? Wenn der Reichstag darüber hinweggeht, dann hat die Regierung Recht, wenn sie meint, daß der Etat durch diese Frage nicht berührt werde.

Abg. Delbrück: Ich bestrafe ebenfalls die Zurückverweisung an die Commission, weil die bisherige Versprechung gezeigt hat, daß im Hause aber die einschlägigen Verhältnisse noch Unklarheit herrscht. Ich will durchaus keinen constitutionellen Standpunkt verteidigen; nachdem aber einmal diese wichtige Frage angeregt worden ist, eine eingehende Behandlung in der Commission geboten; die bloß desultorische kann kein gutes Resultat haben.

Abg. Windthorst: Aus den Gründen des Vorredners trete auch ich dem Antrage bei, will mich aber damit in keiner Weise zur Sache geäußert haben. Es ist von Wichtigkeit, daß die Dinge klargelegt werden, was sie jetzt nicht sind.

Mit sehr großer Mehrheit, der sich auch zahlreiche Conservative, wie Graf Moltke und von Kleist-Rebow, anschließen, wird der betreffende Titel mit der erläuternden Bemerkung an die Budgetcommission zurückverwiesen, die Beratung des Etats der Zölle u. s. w. aber fortgesetzt.

Abg. Buhl: Die bei der Tarifberatung von den Abgg. Delbrück und Richter geäußerte Besorgnis, daß die Erhöhung des Weinzolls die Einfuhr und damit die Einnahme aus diesem Zoll vermindern werde, ist nicht zu treffen, denn von 9 Millionen im Jahre 1878 ist sie auf 12 Millionen im Jahre 1880 gestiegen. Aber diese Einnahme ist im höchsten Grade gefährdet durch die Traubeneinfuhr zum Zweck der Weinbereitung. Ministerialrath Mayr glaubte im Jahre 1879 nicht an den Eintritt von Mißständen durch diese Einfuhr, da in Fässern und Kufen eingehende Weinbeeren, welche während des Transportes zu motten beginnen, als Most zu verzollen sein würden, und größere Quantitäten von Trauben zur Weinbereitung schwerlich eingeführt werden könnten, ohne daß sie in Fässern und Kufen zu motten anfangen. Der Abg. Richter meinte, daß in der viel größeren Kostspieligkeit des Traubenverkehrs und der Behandlung der Trauben für die Weinbereitung ein Correctiv gegen die Einfuhr von Trauben zur Weinbereitung liegen werde. Das Gegenheil ist, wie von Sachverständigen erwartet wurde, eingetreten. Zur Herstellung von 10 Ctr. Wein sind nur 12½ Ctr. Trauben nöthig. Da nun die Re-

gierungen von Oesterreich und Italien den Traubenimport in jeder Art befördern, so werden diese Weintrauben eben so billig, wie das aus den Trauben herzustellende Weinquantum, nach dem Rhein transportirt. Ueber die Quantität der im vorigen Jahre zur Weinbereitung eingeführten Trauben können wir conclusive Fiktionen nicht entnehmen. Im vorigen Jahre war die Position „Frisches Obst“ mit Wein vereinigt, und während 1879 560,000 Ctr., sind 1880 bereits 800,000 Ctr. eingeführt worden. In diesem Jahre ist die Traubeneinfuhr getrennt worden und nach den statistischen Nachweisen von 1880 beläuft sich dieselbe auf 2,076,000 Ctr.

Nun muß nach den in Süddeutschland gemachten Erfahrungen angenommen werden, daß weitaus der größte Theil der Trauben wirklich zur Weinbereitung verwendet wird. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß von den eingeführten Trauben vielleicht 200,000 Centner diesem Zwecke dienen, so daß dadurch der Reichsstaats ein Ausfall an Zöllen von 2 Millionen Mark entgangen ist. So hat z. B. eine mir bekannte badische Firma auf diese Weise eine Quantität von 5—600,000 Hectoliter Wein gefertigt und allein eine Zollersparnis von 100,000 Mark erzielt, und es hätte sich dieses Geschäft der Weinbereitung im vorigen Jahre noch stärker entwickelt, wenn es nicht durch die Nachricht, daß die eingeführten Trauben einem Zölle unterworfen werden sollten, gehemmt worden wäre. Wenn aber diese Traubeneinfuhr in der bisherigen Weise gestattet wird, so müssen die namentlich mit kleinen Sorten handelnden Weinbändler diese Art der Weinbereitung bei sich einführen, wenn sie gegenüber der Concurrenz bestehen wollen. Denn selbst wenn sie den Wein als solchen beziehen wollen, so wird dieser Import unmöglich gemacht, weil sie mit Sicherheit voraussehen, daß im Herbst die Concurrenz dieselbe von ihnen bezollte Waare unverzollt einführt und dadurch im Stande ist, sie billiger zu verkaufen. Man hat nun geglaubt, diese Traubeneinfuhr dadurch stören zu können, daß man diejenigen, welche Früchte zeigen, zur Verzollung heranzieht. Da diese aber beim Uebergang über die Grenze gewöhnlich noch nicht vorhanden ist, so wird der Uebelstand dadurch nicht geboben. Als im Januar dieser Gegenstand in der Württembergischen Kammer zur Verhandlung kam, erklärte der dortige Finanzminister, die Regierung werde darauf hinwirken, daß bei einer voraussichtlichen Revision des Tarifs nur ein kleines Quantum als Straußtrauben freigelassen, alle andern aber mit einer dem Weinzölle entsprechenden Abgabe belegt werden sollten. Ich möchte nun aber die Regierung bitten, ihre etwaigen Maßregeln so rechtzeitig bekannt zu machen, daß der Verkehr nicht durch eine so späte Mittheilung schwer geschädigt wird, da jedenfalls bedeutende Vorbereitungen zum Traubenexporte getroffen werden.

Ein zweiter Uebelstand ist die leidige Weinsfabrikation. Wir haben nun allerdings vom Nahrungsmittelesees dankenswerthe Erfolge gesehen, so hat das Reichsgericht eine badische Firma, welche den 30. Theil der ganzen badischen Weinsfabrikation in Händen hatte, unter Anwendung des § 10 jenes Gesetzes bestraft, weil sie gewußt habe, daß der fabricirte Wein in Zukunft als echter Wein verwendet werden sollte — aber dennoch fabriciren andere Fabrikanten in derselben Art weiter. In dieser Beziehung wurde uns zwar im Jahre 1879 eine sehr dankenswerthe Erklärung seitens der Regierung gegeben, Inbald deren beabsichtigt wurde, durch eine anderweitige innere Gesetzgebung dieser inländischen Weinsfabrikation entgegenzutreten, aber, meine Herren, wo ist diese Gesetzgebung? Schon seit zwei Jahren warten wir vergeblich, und zwar trotz vieler darauf bezüglicher Petitionen. Unser Wälder Landrath, der offizielle Vertreter eines sehr weinbauenden Bezirkes, hat in energischer Weise in dieser Frage um Abhilfe gebittet, und man beschäftigt sich auch in einzelnen Landtagen mit derselben, aber so dankenswerthe Bemühungen sind, eine allgemeine Hilfe können sie nicht geben. Der Hauptfehler dieser unglücklichen Fabrikation ist die grobe Abnahme des Weinschums; das Mischen der Componenten geht allerdings in dieser Beziehung zu weit, da es noch immer eine Reihe ehrlicher Fabrikanten giebt. Ich glaube übrigens, daß man auch bei der gegenwärtigen Sachlage an der Hand des § 5 des Nahrungsmittelesees Abhilfe treffen kann. Nach Zeitungsberichten haben physikalische Untersuchungen stattgefunden, welche die Schädlichkeit des Kunstweins in der elegantesten Weise nachgewiesen haben. Es ließe sich daher jener Gesetzesparagraph dahin anwenden, daß durch kaiserliche Verordnung die Verwendung von Weinsäure, überhaupt von Säuren und Glycerin verboten würde, Stoffe, welche es ermöglichen, den Wein in vollständig künstlicher Weise zu veredeln. Wie gesundheitsgefährlich diese Fabrikation ist, beweist, daß eine einzige Firma ca. 4000 Hectoliter Wein als Medicinalwein hauptsächlich an Apotheken verkauft hat, für welche nicht ein Tropfen reiner Wein verwendet war. (Hört, hört! links.) Ich bitte daher den Herrn Reichstanzler und die verbündeten Regierungen recht dringend um Abhilfe in dieser Angelegenheit. (Lebhafter Beifall.)

Director im Reichsschatzamt Burckard: Daß die umfangreiche Einfuhr von Weintrauben zur Weinbereitung von hoher Wichtigkeit ist für die finanziellen und gewerblichen Interessen, wird von der Regierung vollkommen anerkannt. Es haben deshalb sowohl die Reichsregierung, als auch die dabei interessirten Einzelstaaten in Erwägung gezogen, mit welchen Mitteln dieser ganz übermäßige Einfuhr von Trauben zur Weinbereitung, welche die finanziellen Interessen des Staates schädigt und der inländischen Weinherzeugung eine schwere Concurrenz bereitet, entgegen zu treten ist. Der geltende Zolltarif gewährt in dieser Beziehung eine vielleicht nicht ganz ausreichende Barriere. Wir haben einen Zoll für Wein und Most von 24 Mark, während die Traubeneinfuhr zollfrei ist. Wir stehen also vor der Wahl, die eingehenden zur Weinbereitung bestimmten Trauben entweder ganz zollfrei einzulassen oder sie zum Weinzoll heranzuziehen. Dieser ist aber seiner ganzen Veranlagung nach vorzugsweise bestimmt für Flüssigkeiten. Die eingehenden Trauben, sowohl die frischen, als auch diejenigen, welche zu motten angefangen haben, würden von diesem, wie ich nicht verkenne, sehr hohen Zoll von 24 Mark getroffen werden. Die Erwägungen der Reichsregierung und der Einzelstaaten haben zunächst ihren Abschluß gefunden in dem Vorschlage der Aenderung des amtlichen Waarenverzeichnisses, welcher zur Zeit den Beratungen des Bundesrathes unterliegt. Hierbei ist die Frage in sorgfältiger Erwägung gezogen worden, ob es möglich ist, eine Lösung der Angelegenheit an der Hand des bestehenden Tarifs zu finden. Sollte dies nicht möglich sein, so werden sich, glaube ich, die verbündeten Regierungen der Pflicht nicht entziehen, dem jetzt bestehenden Zustande durch den Vorschlag einer Aenderung des Tarifs Abhilfe zu schaffen. Was die Veranschlagung der Weinsfabrikation anlangt, über welche ebenfalls lebhaft Klagen fortwährend erhoben werden, so bin ich allerdings nicht in der Lage, in die Details einzugehen, namentlich darauf nicht, inwiefern man etwa eine wünschenswerthe Aenderung des Gesundheitsgesetzes herbeiführen könnte, und inwiefern, falls dieses Gesetz sich als unzureichend erweist, auf einem anderen Wege Abhilfe geschafft werden kann.

Abg. Dr. Hölle: Ich bin dem Herrn Vertreter der Regierung sehr dankbar für seine Erklärung und ich hoffe, daß bei den Erwägungen der verbündeten Regierungen nicht nur die Verhältnisse der süddeutschen Staaten, wie Württemberg, Baden und Hessen in Betracht gezogen werden, sondern auch die Preussens, dessen Weinbaugebiete ebenfalls durch jene Traubeneinfuhr empfindlich geschädigt wird. Den guten Willen der verbündeten Regierungen, dem Import fremder, namentlich italienischer Trauben zur Weinbereitung entgegenzutreten, erkenne ich gern an, sie haben ja auch im vorigen Späthommer die Frage berathen. Allein sie standen der Bestimmung des Zolltarifs, welche in dem amtlichen Waarenverzeichnis vorhanden ist, macht und wehrlos gegenüber, weil der Zolltarif auf Trauben nicht ausgedehnt werden kann. Nun wäre es unrichtig zu glauben, daß in guten Jahren die Traubeneinfuhr verschwinden wird. Sie wird sich vielleicht auf ein gewisses bescheidenes Maß beschränken, aber deshalb nicht aufhören, weil die Trauben in Italien vier Wochen früher zur Reise gelangen als bei uns. Sollte die St. Gotthardbahn fertig werden und die Transportkosten sich dadurch noch vermindern, so ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß der Import italienischer Trauben, namentlich bei einer sicheren Art der Verpackung erheblich steigen wird. Diefem Uebelstande können die verbündeten Regierungen nicht mehr ruhig zusehen. Nachdem einmal die Zolltarife bestehen, müssen sie demselben durch eine Erhöhung des Weinzolles entgegenzutreten. Sie sind dies schuldig den Interessen des deutschen

Weinbaues, der trotz der Arbeitsamkeit und Genügsamkeit seiner Pflege sinken muß, wenn er nicht gegen fremde Concurrenz geschützt wird.

Abg. Grad: In seiner letzten Session hat der Landesausschuß von Elsaß-Lothringen den früheren Beschluß erneuert, die Landesregierung möge in ihren Bemühungen fortfahren, um das Reich zu veranlassen, selbst die Verwaltung und Erhebung der Zölle und Verbrauchssteuern, welche ihm zu lasten kommen, zu übernehmen oder dem Reichslande die Kosten dafür vollständig zu vergüten. Seitdem das Reichsland im Reichstag vertreten ist, liegt es alljährlich darüber, bei den Kosten für die Verwaltung der Steuern überlastet zu sein und der Reichstag hat diese Beschwerde als richtig mehrmals anerkannt. Im Jahre 1874 forberte eine Resolution desselben den Reichstanzler zu einer Neuregelung der Erhebung der Zölle, eventuell zu einer Abänderung des Artikel 33 IIIa der Reichsverfassung auf. Im Jahre 1875 constatirte der Abg. Buhl, in Bayern und Württemberg hätte die Bevölkerung bei der Verwaltung und Erhebung der Zölle pro Kopf einige Pfennige mehr zu bezahlen, als die Rückvergütung beträgt; in Elsaß-Lothringen steigt dies Mehr bis zu 1 Mark pro Kopf, auf 1½ Millionen jährlich und Minister Hofmann erklärte 1879 diese Ueberlastung und die Dringlichkeit der Abhilfe an. Noch ist der Bundesrath mit dieser immer noch schwebenden Frage beschäftigt, sie schwebt seit 6 Jahren! Aus anderen Bundesstaaten kommt dieselbe Klage, aber die Lage von Elsaß-Lothringen ist der anderer Staaten nicht ähnlich, da es nicht durch die Verfassung gebunden ist. Nach Artikel 36 der Verfassung „bleibt die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern jedem Bundesstaate so, wie derselbe sie bisher ausgeübt hat, innerhalb seines Gebietes überlassen.“ Aber die anderen Staaten waren durch frühere Verträge mit dem Zollverein verbunden, Elsaß-Lothringen hatte keine Verträge. Ferner haben wir als Ortszulage eine jährliche Last von beinahe 800,000 M., die wir als Badener, Bayern oder Preußen nicht zu bezahlen hätten. Ich glaube, daß die Stellung der Zollämter in Elsaß-Lothringen der der Hansestädte gleich zu stellen ist und daß dort so wie bei den Hansestädten die Erhebung und Verwaltung der Zölle direct durch das Reich zu tragen wäre.

Director im Reichsschatzamt Burckard: Die staatsrechtliche Frage des Herrn Vorredners, ob Elsaß-Lothringen in der Zoll- oder Steuererhebung eine andere Stellung dem Reiche gegenüber einnehmen als die anderen Bundesstaaten, muß ich Namens der verbündeten Regierungen verneinen. Die Frage, ob Elsaß-Lothringen die Lasten und die Rechte anderer Staaten hat, ist aus dem Grunde bejaht worden, weil es dieselbe Zoll- und Steuerverwaltung hat wie alle anderen Länder und deshalb in Bezug auf die Kostenvergütungen gleichen Bestimmungen unterliegt. Ich bemerke auch, daß Elsaß-Lothringen ein außerordentlich großer Erfolg für die Verwaltungskosten im Betrage von 300,000 M. gegeben worden ist. Ich erkenne aber an, daß es wünschenswerth wäre, die Frage der Zollverwaltungslostenvergütung anders zu regeln, als es bisher der Fall gewesen ist. Die Frage ist aber außerordentlich schwierig. Ich glaube dem Herrn Vorredner berichten zu können, daß nicht im Mindesten auch nur die Neigung obwaltet, die Frage auf die lange Bank zu schieben. Daß dieselbe bisher noch keine Lösung gefunden, liegt daran, daß zwischen der neuen Zolltarif eingetretten ist, durch welchen auch die Zollverwaltung wesentlich beeinflusst worden ist und deshalb diejenigen statistischen Erhebungen, welche früher angefertigt wurden, um für die Regelung der Frage eine Grundlage zu gewinnen, jetzt nicht mehr brauchbar sind, um überhaupt ein Bild darüber zu bekommen, in welchem Maße für die einzelnen Länder wirklich die Kosten ungedeckt sind. Für die Regelung der Frage stehen zwei Wege offen, entweder eine Aenderung der Verfassung oder eine andere Ausführung derselben. Ich für meine Person würde den letzteren Weg vorziehen. Nach der Verfassung bekommen die Staaten für die Zollverwaltung im Innern keinen Ertrag, wohl aber einen solchen für die Zollverwaltungskosten an der Grenze. Dabei sollte es auch bleiben, denn die Vergütung der Zollverwaltungskosten im Innern hängt zusammen mit der Autonomie der Einzelstaaten, welche über die Höhe dieser Kosten ganz autonome Bestimmungen treffen. Man kann dem Reiche doch nicht zumuthen, daß es auch diese Kosten trägt. Es bleibt deshalb nur der zweite Weg übrig, der darin besteht, die jetzt bestehenden Pauschalen, welche für Elsaß-Lothringen zu niedrig sind, zu erhöhen oder die Bestimmung der Verfassung auszuführen, welche sagt: Das Reich vergütet alle Kosten der Verwaltung an der Grenze, die den Einzelstaaten erwachsen. Allerdings hat auch diese Lösung ihre Bedenken. Jedenfalls ersuchen Sie, wie schwierig dieselbe ist. Hoffentlich gelingt es im nächsten Jahre, die Sache zum Abschluß zu bringen.

Abg. v. Mirbach: Bei der ersten Lesung des Etats sagte der Abg. Richter, nicht der Mangel an Capital sei es, der die Unternehmungslust der Industrie niederbrücke, sondern der Mangel an Vertrauen in den dauernden Bestand der Verhältnisse, welcher durch die Ueberhandnahme eines persönlichen Regiments gefördert werde. Wenn Sie erwägen, daß die Consolidation des Reiches, das erst seit 10 Jahren besteht, noch keineswegs nach allen Richtungen hin abgeschlossen ist, daß eine tiefgehende sociale Bewegung die Bevölkerung aufgeregt hat, daß der bedauerliche und von der linken Seite für ihre Zwecke ausgenützte kirchenpolitische Streit, der unser ganzes politisches Leben durchdringt, noch immer nicht abgeschlossen ist, und daß wir uns trotz aller dieser Hindernisse dennoch in einem ganz leidlichen Zustande befinden, so werden Sie zugeben müssen, daß dieses Resultat ohne einen starken Willen und eine starke Hand, welche alle Schwierigkeiten aus dem Wege räume, gar nicht möglich gewesen wäre. Große Ziele sind nur durch große Mittel zu erreichen. Wenn in der That innerhalb der Bevölkerung eine gewisse Beunruhigung vorhanden ist, so liegt der Grund lediglich in den gewaltigen Aufwendungen, welche einzelne Nachbarstaaten für ihre Armeen machen. Diese Beunruhigung kann nur beseitigt werden durch das Gefühl der Sicherheit, daß wir nach außen hin keine Gefahr zu scheuen haben (der Präsident ernennt den Redner, sich nicht von dem Gegenstand der Specialdebatte allzusehr zu entfernen), und die Mittel, welche erforderlich sind, um dieses Ziel zu erreichen, können nur durch die neue Zollpolitik gewährt werden, nachdem der Reichstag dem Tabaksmopol gegenüber eine so ablehnende Stellung eingenommen hat.

Man wird dieser neuen Zollpolitik namentlich vor, daß sie durch die Getreidezölle eine Vertheuerung der nothwendigen Lebensbedürfnisse herbeiführt habe; wenn es sich aber um den Schutz der nationalen Arbeit handelt, wollen Sie dann die zwei Drittel der Bevölkerung, die auf dem platten Lande wohnen, zu Gunsten des einen Drittels in den Städten unbedingtheit lassen, indem Sie die Landwirthschaft leer ausgeben lassen? Die Frage, ob Schutzoll oder Freihandel, ist nicht eine Frage der Theorie, sondern der praktischen Bedürfnisse. (Der Präsident ruft den Redner wiederholt zur Sache.) Der Abg. Bebel erklärte neulich, es sei eine gerechte Sache, daß die große Zahl deutscher Arbeiter, welche durch unsere Industriellen und Grundbesitzer nach Amerika getrieben werden, jetzt dazu beitragen, die Lage unserer Industrie und des Grundbesitzes dauernd zu verschlechtern. Indem sie die Concurrenz Amerikas durch ihre Arbeitskräfte verstärken. Der Abg. Bebel, wenn ich auch seiner Folgerung nicht beistimme, hat darin doch vollkommen Recht, daß Amerika, das früher ein Hauptabnehmer für unsere Industrie war, heute zu einem Hauptconcurrenten geworden ist, und andere Verhältnisse fortwährend verschlechtert. Ich ziehe hieraus den Schluß, daß wir alle Veranlassung haben, uns gegen die Concurrenz zu schützen, und die Politik, welche der Reichstanzler eingeschlagen hat, wird diese Aufgabe, wie ich hoffe, lösen trotz aller entgegengelegten Bestrebungen der internationalen Handelspartei. Ich bin weit entfernt, dem Herrn Delbrück und seinen Genossen aus diesen Bestrebungen einen Vorwurf zu machen; sie haben gewiß optima fide gehandelt, aber dadurch wird die Aufgabe nicht beseitigt, daß sie das Land schwer geschädigt haben. (Beifall rechts.)

Abg. Dechselhäuser: Die Frage, ob in der letzten Zeit ein wirthschaftlicher Aufschwung stattgefunden hat, muß man ohne Zweifel bejahen. Wenn ich auch gebe, daß die Besserung noch keine allgemeine ist, so befinden wir uns doch auf dem Wege der Rückkehr zu normalen Verhältnissen. Leider kann ich diesen Fortschritt nicht auch für die Verhältnisse der Arbeiter zugeben. Mag immerhin in einzelnen Branchen eine Verbesserung der Löhne eingetreten sein, so ist dieselbe doch nur eine partielle und wird andererseits durch die Vertheuerung der nothwendigen Lebens-

bedürfnisse, deren Ursache ich keineswegs in den agrarischen Böden, sondern in der natürlichen Entwicklung der Verhältnisse finde, vollkommen ausgeglichen. Auch die Frage, ob die Besserung der Lage der Industrie durch unsere veränderte Zollpolitik herbeigeführt worden sei, muß ich bejahend antworten; glaube sogar, daß ein gewisser schädigender Einfluß derselben nicht zu verkennen ist. Daß die Zustände nach dem Rückgang der Jahre 1871 bis 1874 allmählich wieder ihre normale Gestalt annehmen, ist ganz naturgemäß, und dieser Proceß vollzieht sich bei uns ganz ebenso, wie in allen anderen Ländern. Wäre es richtig, daß die Zollpolitik einen Einfluß auf diese Besserung hätte, so würde der Fortschritt bei uns schneller sein müssen, als in Amerika, England und Frankreich; dies ist jedoch keineswegs der Fall. Auch innere Merkmale sprechen für einen solchen Einfluß unserer Zollpolitik nicht. Ich will durchaus nicht verlangen, daß die Besserung mit dem Augenblick der Wirksamkeit der neuen Zölle eintritt, aber es müßten doch irgendwo Zeichen eines solchen Einflusses sichtbar werden. Ich sehe dieselben in keinem Industriezweige. Die günstige Wendung in der Eisenbranche ist so unbestreitbar von Amerika ausgegangen, daß darüber gar kein Zweifel sein kann; ähnlich verhält es sich mit der Textilindustrie und anderen gewerblichen Zweigen, an deren Aufschwung der Zoll gar nicht beteiligt ist. Es ist sehr schwer, ein solches Urtheil zu begründen; es bedarf dazu der umfassendsten Kenntniß aller Industrien und der größten Objectivität, um anbeizuhaken die Wirkungen zu beobachten.

Ich bin früher selbst Schutzzöllner gewesen und nur allmählich aus inneren Gründen zu der entgegengegesetzten Anschauung gelangt; ich glaube deshalb die Dinge ohne Voreingenommenheit zu sehen und bin jedenfalls ein Gegner aller Uebertreibungen. Wenn ich hiernach einerseits zu dem Resultat komme, daß der bessere Einfluß nicht auf Rechnung der Zölle zu schreiben ist, so muß ich andererseits konstatiren, daß die Zollpolitik ein wesentliches Hinderniß für den Fortschritt unserer Exportindustrie gebildet ist. Der Abg. v. Kardorff hat freilich mit der ihm eigenen Unerschrockenheit das Gegentheil behauptet, indem er Ziffern vorführte, durch welche er zu beweisen suchte, daß der Export abgenommen habe, während der Export gestiegen sei. Abgesehen davon, daß mit Rücksicht auf die vollständige Reform unserer Ein- und Ausfuhrzölle ein Vergleich mit früheren Jahren überhaupt nicht zulässig erscheint, und daß insbesondere in Folge der neuerdings erst eingeführten Declarationspflicht für alle exportirten Güter die Ausfuhr naturgemäß größer erscheint als früher, beweisen die Zahlen des Herrn v. Kardorff für den Aufschwung der Industrie gar nichts, denn dieselbe Steigerung des Exports und Abnahme des Imports zeigt sich auch in der Delbrücker Periode, ja sogar in dem Jahre des tiefsten Niederganges der Industrie, 1878; es ist dies der normale Gang unserer Entwicklung seit 1860, ja seit der Gründung des Zollvereins. Man könnte sogar behaupten, und die statistischen Zahlen beweisen dies, daß die erwähnte Erscheinung in Zeiten des Niederganges der Industrie stärker hervortritt als in Zeiten günstiger Entwicklung. Mit solchen Zahlen wird also gar nichts bewiesen. Leider beruht unser ganzer Tarif, unsere ganze Zollgesetzgebung auf einer veralteten Logik und veralteten Motiven. Wenn Sie glauben, daß ein solches Verbot von Dauer sein werde, so beneide ich Sie um Ihre Zurecht; ich hoffe, daß die immer weiter schreitende Erkenntniß, daß der Zolltarif nur auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut werden kann, diese Gesetzgebung bald fortzuschaffen wird. (Beifall links.)

Director des Reichsschatzamt Burckhardt: Ich bedaure lebhaft, daß die Ausführungen des Vorredners die Objectivität, deren er sich Anfangs fleißigste, am Schluß vollständig vermissen ließen. Die Behauptung, daß die Zölle bisher keinen bedeutenden Einfluß auf die Entwicklung der Industrie gehabt hätten, ist im höchsten Grade unzulässig. Ich habe mich, acceptire ich; dagegen muß ich entschieden bestreiten, daß es möglich sei, auf Grund einer Theorie einen Zolltarif zu konstruiren. Wäre dies der Fall, so könnte man ja einen gleichmäßigen Tarif für die ganze Welt aufstellen. Die Theorie entscheidet vielmehr über das größere oder geringere Maß der Zölle, niemals aber werden Sie in Konsequenz der Freihandelslehre dahin gelangen, alle Zölle zu beseitigen. Ueber das Maß des Zolles kann man ja im einzelnen Falle streiten, man wird jedes Mal die thatsächlichen Verhältnisse genau prüfen und auf Grund der praktischen Erfahrungen die Entscheidung treffen müssen. Die Ansicht, daß die Lebensbedürfnisse um den vollen Betrag der Zölle vertheuert worden seien, wird sich schwerlich behaupten lassen. Nach dem völlig unüberdächtigen Bericht des hiesigen Vereins der Mäher hat der Preis des Roggens und des Weizens nach der Einführung der Zölle nicht nur keine Erhöhung, sondern sogar eine Ermäßigung erfahren, und diese sinkende Tendenz des Preises kam erst in dem Augenblick zum Stillstand, wo die Ernteaussichten sehr trübe wurden. Dieser Umstand beweist, daß der Einfluß des Zolles auf den Getreidepreis ein minimaler ist und gegenüber den sonstigen Conjunctionen gar nicht in Betracht kommt. Einen Beweis für die günstigere Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse liefern die Quartalsberichte der Eisenbahn-Directionen in Elberfeld und Köln. In denselben ist ein höchst bemerkenswerther Aufschwung der wichtigsten Industriezweige in den Rheinlanden und Westfalen constatirt.

In dem Bericht aus Elberfeld wird eine erhebliche Mehreinnahme gegen 1879 aus der Personen- und Güterfracht, insbesondere ein gesteigerter Verkehr in Kohlen, Coaks, Schwefelstein, Eisenerzen u. a., aus Köln ein wesentlich gesteigerter Personenverkehr und Zuckereinfuhr sowie eine Besserung der Textil-, der Eisen- und Stahlindustrie nachgewiesen. Wenn der Vorredner freilich sagt, Zahlen beweisen nichts, dann ist es sehr leicht, Behauptungen aufzustellen, deren Widerlegung schwer wird. Er hat namentlich die nur kurzen von dem Abg. v. Kardorff aufgestellten Zahlen bemängelt. Nun erkenne ich an, daß die Einfuhrziffern nicht unbedingt zu den daraus gezogenen Schlussfolgerungen berechtigen, weil die anomalen Verhältnisse berücksichtigt werden müssen, die Beweisfähigkeit der Ausfuhrzahlen aber wird sich schwerlich bestreiten lassen. Mag immerhin die Statistik durch die Declarationspflicht der Ausfuhr eine andere Grundlage gewonnen haben, so kommt dieser Umstand doch nicht in Betracht bei Urtheilen, die ihrer Natur nach schon früher nicht unbedeutend geblieben sein können. Nun macht sich aber auch bei diesen eine sehr erhebliche Steigerung der Ausfuhr bemerkbar. So ist der Export an Fortepianos um 5,7 Millionen und der an musikalischen Instrumenten überhaupt um 13 Millionen gestiegen; in gleicher Weise zeigt die Ausfuhr von Hansbühler, Schuhmachermaschinen, Bier, Wein, Salz, Steinbohlen, Coaks, Schweinen u. a. eine sehr bedeutende Zunahme. Ich glaube, daß man berechtigt ist, hieraus einen Schluß auf den Aufschwung unserer Production zu ziehen; jedenfalls liefern die Ziffern keinen Grund zu der Annahme, daß der Tarif sich nicht bewährt habe. Das Zollgesetz ist erst ein Jahr in Wirksamkeit, und da es gar nicht möglich ist, schon jetzt die Wirksamkeit desselben zu übersehen, so war der Vorredner gewiß nicht berechtigt, seine Schlussbemerkung zu machen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff: Der Vorredner hat zwar selbst gesagt, die Zollpolitik habe auf die wirtschaftlichen Verhältnisse so gut wie gar keinen Einfluß gehabt, sich aber nicht gekümmert, bald darauf selbst aus der Zollpolitik einen nachtheiligen Einfluß auf die Industrie beweisen zu wollen. Vor allen Dingen hat doch der Zolltarif den Zweck, dem Reiche Einnahmen zu verschaffen. Die Zahlen, die ich über den Import und Export in der ersten Lesung angeführt habe, hatten den Zweck, Ihre Behauptung, die bei Beratung des Zolltarifs immer wieder herbeigeholt, zu widerlegen, nämlich daß der Export zu Grunde gerichtet werden würde. Ich habe mit Zahlen bewiesen, daß der Export nicht nur nicht gelitten, sondern sich gesteigert hat; das können Sie nicht leugnen. Nun meint der Vorredner, die Steigerung der Arbeitslöhne und die Vermehrung der Arbeit werde dadurch aufgehoben, daß die Lebensmittel durch die landwirtschaftlichen Zölle vertheuert worden seien. Er vergißt dabei ganz das Grob der landwirtschaftlichen Arbeiter, welches durch diese Zölle doch gewiß nicht betroffen wird. Sie haben einen Rückschlag der wirtschaftlichen Verhältnisse prophezeit, derselbe ist aber sicher nicht eingetreten. Sie können das in keiner Weise nachweisen. Die Zeit ist übrigens nach meiner Ansicht noch viel zu kurz, um ein fides Bild von der Wirkung unserer Zollpolitik zu gestalten. Ich würde damit einverstanden sein, daß wir die ganze Discussion suspendiren, bis längere Erfahrungen vorliegen. (Abg. Richter: Das glaube ich Ihnen!) Herr Richter fährt nun immer die steigende Auswanderung gegen den Zolltarif ins Treffen; er hat dieses Pferd wenigstens in verschiedenen Wahlberathungen geritten. Nun frage ich ihn, wenn die Leute wegen der Schutzzölle auswandern, warum gehen sie denn da gerade nach dem protectionistischen Lande der Welt, nach Amerika? Herr Richter wird sagen, sie fühlen sich hier im Allgemeinen bedrückt, und sind nur nicht im Stande, diese Wirkung auf das Schutzsystem zurückzuführen. Der Nachweis dürfte ihm sehr schwer fallen. Wie erklärt es sich denn ferner, daß auch aus England, dem Elblande des Freihandels, die Auswanderung zunimmt? (Heiterkeit. — Aufse. Irland!) Ich glaube, die Auswanderung namentlich aus unseren östlichen Provinzen, wo sie am stärksten ist, beruht hauptsächlich auf der großen Kluft, die zwischen den ganz Verlorenen und der nächsten Stufe der Besitzenden besteht, und die es den Leuten sehr schwer macht, aus der socialen Stellung, in der sie sich befinden, sich in eine höhere hinaufzuarbeiten. Das, und nicht die Zollpolitik ist der Grund der steigenden Auswanderung. Ich kann aber nur wiederholen, daß wir am besten die

Discussion über die Wirkung des Zolltarifs suspendiren, bis mehr Erfahrungen vorliegen.

Abg. v. Bamberger: Die uerwartete, ausgiebige Zollbelastung überrascht mich sehr angenehm. College Dechelhauser hat dadurch Gelegenheit bekommen, die ganze Frage so scharf und umfassend vorzuführen, daß sie sich ihren Eindruck nicht verschaffen wird. Die Darstellung war mir auch deshalb interessant, weil ich gerade heute in einem der Regierung nahe stehenden Blatte gelesen habe, die Freihändler seien eigentlich den russischen Militäristen am nächsten verwandt. Sie haben in meinem verehrten Freunde Dechelhauser das abschreckende Beispiel eines solchen Militäristen heute gehört, man kann daraus sehen, in welchem Tone die officiellen Blätter auf diesem Gebiete polemifiren. Nicht immer ist wie heute vom Regierungssicht aus gesagt worden, daß hier kein Streit der Principien, sondern der Thatfachen vorliege, es wurde früher das Freihandelsprincip als etwas vollständig von Gott Verlassenes und Verabscheuungswürdiges hingestellt. Der Herr Reichskanzler hat sich als Verehrter hingestellt, der vor 20 Jahren Freihändler war, und wir, die es noch sind, seien jetzt so klug, wie er schon vor 20 Jahren. Herr Dechelhauser ist ein Gegenstück dazu, er war vor 20 Jahren Schutzzöllner, jetzt ist er Freihändler, und er ist es langsam an der Hand der Erfahrung geworden, deshalb spricht er auch mit Ruhe und Gelassenheit von seinen Gegnern, nicht mit der Bequemlichkeit eines Reichsbefehlshabers. Statistische Wahrheiten erhält man nur, wenn man lange Reihen von Erscheinungen, die Zahlen vieler Jahre vergleicht, wie es Dechelhauser gethan hat; stellt man aber Vergleiche an zwischen den Jahren 1879 und 1880, dann sind diese Thatfachen mit der größten Vorsicht aufzunehmen. Nun haben der Herr Regierungsvertreter und Herr v. Kardorff Zahlen der Ausfuhr angeführt, um zu beweisen, daß unser Handel und unsere Industrie im Aufschwung sei. Seltener, vor zwei Jahren wurde von der Ausfuhr ganz anders gesprochen, da war sie das Gleichgültigste und Bedächtligste, was man anführen konnte; Herr Regierungsrath Mayr stellte die Zahlen der Ausfuhr als ganz richtig hin.

Damals erlief man für den Kaufmann, der sich mit der Ausfuhr beschäftigte, den Namen „Händler“, um ihn nahe an den Erbsünder heranzuführen. Ich halte es nun für falsch, die Zollpolitik im Großen und Ganzen für die Erscheinungen dieses Jahres verantwortlich zu machen; so schnell ereignen sich die Dinge nicht; das Unrecht dieser Zollpolitik wird sich vielleicht erst nach Jahrzehnten zeigen, und dann wird es bei der Complicirtheit der Materie schwer sein, Ursache und Wirkung zu beurtheilen. Deshalb kann man das, was Sie „Theorie“ nennen, bei Beurtheilung dieser Frage nicht entbehren. Ich habe die Ueberzeugung, daß wir trotz der Zollpolitik in diesem Jahre vorwärts gekommen sind, aber daß wir unredlich thäten, die Zollpolitik für alle Missethate, die wir haben, verantwortlich zu machen, nur segensreiche Folgen derselben sind schwer nachzuweisen. Nun behauptet man, es wäre wenigstens der Unternehmungsgeist, Muth und Vertrauen gewachsen; ich glaube, es ist nicht gut, Industriezweigen Muth und Vertrauen einzublasen, wenn die Verhältnisse es nicht rechtfertigen. Hätten nicht warnende Stimmen im Frühjahr 1880, als Amerika ganz allein den Aufschwung unserer Industrie veranlaßt, eingegriffen, dann hätten wir vielleicht die Entseffung einzelner Industriezweige, speciell der Metallindustrie gesehen, die neue Krisen hervorgerufen hätte. Der Gewerbetreibende weiß schon selbst, ob er Muth haben darf; vor einer bäterlichen Regierung, die zu allem Anderen auch noch Muth verapft, möge Gott ihn bewahren. (Sehr gut links. Heiterkeit.) Nun sollte die Zollpolitik uns Nebenbortbeile von anderen Staaten verschaffen; der Reichskanzler erfindet ja die Bezeichnung „Kampfschiff“.

Wo sind die Resultate des Kampfschiffes? Was haben wir erreicht? Gegenstände von allen Seiten. Unser intimes Verhältniß zu Oesterreich, so wertvoll auch in nationaler Beziehung, ist vollständig gebrochen und aufgelöst. Meine Erwartungen auf die jetzigen Annäherungsversuche sind sehr niedrig gestimmt. Wenn gesagt wird, die neuen Zölle vertheuern nicht das Leben, so geht das über meine einfachen arithmetischen Begriffe hinaus. Der Getreidezoll hat 14 1/2 Millionen ergeben, Weizen 1 Million, Gerste 1/2 Million, Schmalz 5 1/2 Millionen, Vieh 4 1/2 Millionen, Petroleum 16 Millionen, Eisen 4 1/2 Millionen, Maschinen 1 Million, Holz 3 1/2 Millionen, zusammen 51 Millionen Mark. Diese 51 Millionen für nothwendige, unentbehrliche Lebensbedürfnisse mußten 1880 mehr bezahlt werden als in früheren Jahren. Die Möglichkeit, das Leben zu erhalten und zu genießen, ist doch offenbar um diese 51 Millionen verringert worden. Dabei lasse ich die indirecte Vertheuerung der Gegenstände noch außer Acht, die im Inlande producirt, aber doch theilweise um den Zoll gesteigert werden. Kräfte die Steigerung nicht hervor, so wäre der beachtlichste Schuß der nationalen Arbeit und des Landbaues ja völlig verfehlt. Die Folge ist eine Verringerung des Lebensgenusses der großen Masse, der Standard des Lebens wird im Allgemeinen herabgedrückt. Das beweist der Mehrverbrauch von Speck und Schmalz, die an Stelle des Fleischgenusses getreten sind, denn merkwürdiger Weise sind trotz der Viehplöde und der Sperren aller Art die Fleischpreise herabgegangen. Das erklärt sich doch nur so, daß im Consum an die Stelle von Fleisch noch notwendigeres Lebensmittel getreten sind. Was nun den Standard des Handels und der Industrie betrifft, so ist schon erwähnt, daß die im preussischen Handelsarchiv publicirten Berichte trotz aller guten Absichten an vielen Stellen zeigen, daß die Industrie stark gelitten hat, und daß die Ausfuhr durch die Vertheuerung der Halbfabrikate erschwert worden ist.

Es liegt uns eine interessante Petition aus einem der Centren der Textilindustrie, von denen behauptet wurde, daß sie sich eines Aufschwunges erfreuen, aus Meerane vor. In derselben wird vom Reichen betont, wie die ganze birtige Industrie durch die erhöhten Grenzölle in die grausamste Verlegenheit gekommen sei. Es heißt in dieser also gewiß nicht freihändlerischen Petition auch, daß die Weber in dem Zolltarif nicht den Schutz der nationalen Arbeit, sondern das Gegentheil erblicken, zumal andere Bestimmungen den Arbeitern ohne weiteres Fett, Schmalz, Getreide, Petroleum vertheuern. Welche andere Zeugnisse soll man noch beibringen, als aus diesen Kreisen? Ich will eine Industrie speciell hervorheben; das ist die Mühlenindustrie, ein beklagenswerthes Opfer unserer neuen Zollpolitik, darüber liegen nicht abzuweisende Zeugnisse vor. Es sind auch von der preussischen Regierung schon Recherchen angestellt, wie diesem Uebelstande abgeholfen werden kann. Die Mühlenbesitzer sind nämlich der Ansicht, daß der Getreidezoll auch im Inlande das Getreide vertheuert. Sie sagen, sie könnten mit dem Auslande nicht concurriren. (Rebner berührt mehrere Stellen aus Zeitungen und Zeitungen, aus denen hervorgeht, daß mehrere Mühlenetablissemens den Betrieb eingestellt haben, namentlich hätten die für den Export arbeitenden Mühlen ihren Absatz im Auslande verloren und ihren Betrieb ganz eingestellt und suchten Absatz im Inlande, wodurch die kleinen Mühlen geschädigt würden. In einem Schreiben wurde constatirt, daß das deutsche Weizen in den holländischen Ostprovinzen fast ganz verschunden sei.) Gerade die Verschärfung der Mühlenindustrie hat einen sehr schlechten Einfluß auf den Absatz des Getreides gehabt.

Aus Posen wird mir geschrieben: „Früher konnten die Landwirthe ihr Getreide in der Nähe an die Mäher verkaufen, jetzt können die Mäher nur einen kleinen Theil des Getreides abnehmen, daher mußte der Zwischenhändler die Vermittelung übernehmen, während man doch bei der Zolltarif-Berathung immer davon sprach, daß man den Producenten und den Conjunctionen in directe Verbindung setzen müsse. Sie sehen, wie schwer es ist, vom grünen Tische aus in den lebendigen Verkehr mit seinen vielen Combinationen einzugreifen. Wenn man zwischen zwei Grundbesitzern zu wählen hat, dann soll man allerdings dem zuneigen, daß der Staat sich nur da einzumischen hat, wo er die feste Ueberzeugung hat, daß er zum Heile wirken kann. Ich weiß nicht, ob der Wunsch des Herrn Dechelhauser und seine Voraussetzungen sich bald erfüllen wird, daß eine Umkehr in unserer Zollgesetzgebung demnach zu erwarten sei, aber das will ich als Anspielung auf das, was er von mir gesagt hat, hinzufügen: Ich gehöre nicht zu denen, die glauben, daß man mit Abschaffung der Getreidezölle allein vorwärts gehen soll. Ich glaube, daß die Getreidezölle damals als integrierender Bestandteil der gesamten sogenannten Reform eingeführt worden sind, und daß es vollständig die Sache falsch auslegen und nach einer falschen Seite hinlenken würde, wenn man jetzt auf einmal den Industriellen das Vergnügen machen wollte, die Getreidezölle, die Sie für das momentane Bedürfnis eingeführt haben, zu beseitigen. Dem Landwirth nun eine unangenehmere Stellung zu geben, als vorher der Fall war, und der Industrie die Zölle zu lassen, ist meine Anschauung nicht. (Beifall links.)

Director im Reichsschatzamt Burckhardt: Es ist im Rahmen einer zweiten Lesung des Etats wohl unmöglich, die allgemeinen Klagen zu discutiren, von denen der Vorredner gesprochen hat. Ueber diese Fragen hat ja im Jahre 1879 eine eingehende Discussion in diesem Hause stattgefunden. Die unbestrittene Thatfache, daß die Fleischpreise sich gleichgeblieben, bzw. herabgegangen sind, widerspricht den Schlussfolgerungen, die sonst bezüglich der Zölle geltend gemacht sind. Man nimmt deshalb zu einer eigenartigen Erklärung seine Zuflucht, indem man jene Thatfache auf die Abnahme des Consums zurückführt. Wie man diese Erklärung rechtfertigen will, verstehe ich nicht. Näher liegt doch die Erklärung, daß die Production sich gesteigert hat, wobei ich dahin gestellt sein lasse, ob darin lediglich eine Wirkung des Zolltarifs zu erkennen ist. Was die Mühlenindustrie betrifft, so sind auch der Regierung viele Eingaben zugegangen, welche indessen die

vom Vorredner erwähnten Klagen nicht berühren. Die Landesregierungen haben in dieser Beziehung die weitgehendsten Erleichterungen ertheilt. Der Resolution, welche das Haus bezüglich der Prentität gefaßt habe, glaube die Regierung nicht Rattgeben zu können, weil sonst andere Industriezweige mit demselben Recht denselben Anspruch erheben könnten. Dieser Wunsch ist aber in letzter Zeit weniger betont worden; dagegen behauptet man, daß der Zoll für Mehl unzureichend sei. In dieser Beziehung vergleiche Sie, Mangels einer ausreichenden Statistik, die Bilanz der Ein- und Ausfuhr vom Jahre 1880 und aus den früheren Jahren. 1878 betrug die Bilanz zu Gunsten der Einfuhr 26,200 Doppelcentner, 1879 zu Gunsten der Einfuhr 56,000, dagegen 1880 zu Gunsten der Ausfuhr 517,000. Ein gewisser Rückschlag auf eine Besserung des Mählengewerbes ist darnach wohl gerechtfertigt.

Abg. Löwe (Böhm): Der Abg. Dechelhauser hat behauptet, daß in manchen Industriezweigen, besonders in der Eisenindustrie, in Folge des Zolltarifs nur die Arbeitgeber gewonnen hätten, nicht die Arbeiter. In den Gegenden, auf die sich meine Informationen erstrecken, in den großen Industriebezirken Westfalens und der Rheinlande, hat aber auch der Arbeiter gewonnen, in allen Verhältnissen ist der Stücklohn um 5, 10, ja 15 Prozent gestiegen. Außerdem sind die Leute jetzt auch vollständig beschäftigt, während sie früher vielleicht nur an 2—4 Tagen Arbeit hatten. Aber noch mehr: es ist jetzt die doppelte Zahl von Leuten, in den meisten Gegenden wenigstens 1/2 Menschen mehr beschäftigt und mit höherem Lohne als früher. Mag die Ursache sein, welche Sie wollen: ein glücklicher Zustand gegen den früheren ist das jedenfalls. Wie kamen Sie dazu, den Moment des großen wirtschaftlichen Niederganges, des Ueberganges zur Goldwährung zu wählen, um der Industrie einen Zoll abzunehmen? Sie mußten sich doch wenigstens sagen, daß Sie in einer Zeit, wo nicht bloß die Reichsbank, sondern auch die Privatbanken ihren Credit auf Meuberte eingeschränkt, einen sehr unglücklichen Moment zur Durchführung einer großen Reform gewählt haben. Uebrigens hat sich auch in der Wissenschaft ein Umschwung geltend gemacht, die Zahl der freihändlerischen Professoren an den Universitäten ist in der Minderheit. Was die Ernährung betrifft, so ist der Weg vom Korn bis zum Brot ein ziemlich weiter, und es ist zu unteruchen, ob das Brot nicht mit der allgemeinen Theuerung im Preise mitgegangen. In dieser Beziehung hat sich nun ergeben, daß der Preis des Brotes nicht um so viel gestiegen ist, als die Differenz desselben auf dem Weltmarkt beträgt. Vor zwei Jahren kostete das Rund Brot hier und in Chemnitz 9 1/2—10 Pf., heute beträgt der Preis 13 1/2—14 Pf. Dazu kommt die andere merkwürdige Erscheinung, daß das Weizenbrot sich im Preise auf derselben Höhe erhalten hat. Ein großer Uebelstand in dieser Beziehung ist es, daß das Brot bloß nach dem Augenmaße verkauft wird, statt nach dem Gewicht. Die amerikanische Mehlzufuhr, auf welche hier des Defizites hingewiesen ist, hat ihr Bedenliches. Frankreich, Italien, Holland haben sie verboten; und was das amerikanische Schmalz betrifft, so haben die Herren, die dasselbe rühmen, es kaum jemals gesehen, da die Art der Zubereitung es mit sich bringt, daß dasselbe sehr häufig einen fauligen Geruch hat. Die Zollreform hat doch wesentlich die Absicht gehabt, dem Reiche größere Einnahmen zu verschaffen. Wir haben die Pflicht, das junge Reich zu stärken und zu kräftigen; dieser Aufgabe müssen alle anderen Interessen nachgeben. Vielleicht ist manches, was wir in dieser Richtung gethan haben, verbesserungsfähig; aber heute schon ein definitives Urtheil über die Zollreform abzugeben, wäre vortheilhaft, zumal doch bedacht werden muß, daß dieselbe den Erlaß eines Theils der directen Steuern ermöglicht hat. (Beifall.)

Abg. Reichensperger (Crefeld): Es freut mich, daß die Auseinandersetzungen der Herren Abg. Buhl und Dr. Harte über die Einfuhr fremder Trauben und der Weinverfälschung keinen Widerspruch im Hause gefunden haben. Ich glaube, daß die von Herrn Buhl angeregte Frage gewissermaßen eine Lebensfrage für die Bewohner des Rheins, der Mosel und der Ahr sind. Die bisher gegen die Runkelweinverfälschung ergriffenen Maßnahmen reichen nach meiner Ansicht nicht aus. Ich will nun nicht sagen, daß die Gesetzgebung allein im Stande wäre, dem Uebel zu steuern. Man kann darin auch zu weit gehen. Was ich aber verlange, ist, daß auch andere Factoren, namentlich die Staatsanwaltschaft und die Polizei zu Hülfe kommen. Weinverfälschungen müßten der Polizei oder Staatsanwaltschaft auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes zur Anzeige gebracht werden. Wer ungeschädigten vom gefälschten Wein nicht unterscheiden kann, mag sich an eine zuverlässige Quelle wenden, um sich den richtigen Geschmack über Wein zu verschaffen. (Heiterkeit.) Was den Weintraubenimport betrifft, so constatire ich, daß nach meiner persönlichen Kenntniß die Rheinprovinz mit ausländischen Trauben nicht überschwemmt wird.

Abg. Sonnemann: Ich habe Gelegenheit gehabt, im letzten Herbst mit eingehend mit dieser Frage zu befassen, indem ich Gelegenheit hatte, nach verschiedenen Orten zu reisen, um mich über den Zustand der Traubeneinfuhr zu orientiren. Herr Reichensperger hat soeben constatirt, daß in der Rheingegend wenig Trauben zur Weinbereitung eingeführt wurden. Das liegt daran, daß die Trauben ausschließlich zur Champagnerfabrikation verwandt werden. Die Leute würden die großen Transporte und Verpackungskosten nicht übernehmen, um kleine Weine zu machen. Durch eine Belegung der Trauben mit einem Weinzoll führen Sie einfach den Zustand herbei, daß Sie den Schutz, den Sie vor zwei Jahren für die Weine, namentlich für die Champagnerfabrikation eingeführt haben, wieder aufheben. Denn dieselben Trauben, die unsere deutsche Champagnerfabrikation gebraucht, braucht auch die französische, weil trotz der großen Weinverfälschung in Frankreich in Folge der Phylloxera diese Weine nicht zu haben sind und die italienischen Weine sich vorzugsweise dazu eignen. Thatsächlich werden auch in Frankreich solche Weine für Champagnerfabrikation in großen Massen eingeführt aus Italien, den ionischen Inseln und im letzten Jahre sogar aus dem Kaukasus. Nun werden in Frankreich diese Weine mit einem rein nominalen Zoll von 30 Centimes auf den Hectoliter eingeführt, und dem deutschen Fabrikanten, dem Sie vor 2 Jahren im Interesse der nationalen Industrie einen Schutz bereiten wollten, den wollen Sie jetzt zwingen, diese Trauben mit 24 Mk. zu besteuern! Nach meiner Ueberzeugung würde auf dem Wege, den die Herren Buhl und Dr. Harte angedeutet haben, dem Weinproducenten gar nicht geholfen werden, weil sie nicht mit dem Auslande in Concurrenz treten können. So allerdings kann es nicht bleiben, wie im vorigen Jahre, daß es ganz in das subjective Ermessen eines Zollbeamten gestellt wird, ob er eine Ladung Trauben als Most oder als Trauben behandeln will. Aus der Rede des Herrn Bundescommissars, die er gegenüber der Rede des Herrn Bamberger gehalten hat, geht nur als einziges praktisches Resultat hervor, daß der Weinzoll erhöht werden soll.

Abg. Löwe: Es verdient doch nochmals darauf hingewiesen zu werden, daß wir als Oesterreich möglichst die Ueberwachung mit nach Hause bringen werden und daß dies als praktisches Resultat aus unseren Debatten hervorgeht, daß der Weinzoll abermals erhöht werden soll. Bemerkungen will ich darüber nicht machen, es genügt diese Thatfache. Der Abg. Löwe hat behauptet, daß die Löhne in Böhmen und Dortmund sehr bedeutend gestiegen sind. Es würde gar nicht wunderbar sein, wenn nach einer Conjunction, wie sie durch den Export nach Amerika herbeigeführt worden ist, eine Steigerung der Preise und eine Lohnverhöhung wenigstens vorübergehend eintreten würde, aber die Thatfachen stehen damit im Widerspruch. Aus dem Berichte der Dortmunder Union geht hervor, daß die ganze Erhöhung des Arbeitslohnes pro Kopf 14 Mark beträgt. Erweisen Sie nun gegen diese Ziffer, wie viel der Familie jährlich an Mehrausgaben durch die Vertheuerung der Lebensmittel erwachsen, so wird das Resultat ein sehr trauriges sein. Was die Creditvertheuerung anbelangt, so hat der Abgeordnete Löwe kein unglücklicheres Beispiel anführen können, als das von Dortmund, Böhmen und der Reichsbank. Denn die Creditoperation der letzteren zur Zeit der Abschaffung der Eisenzölle hat Millionen gekostet. Wenn er dann constatirt, daß die Brotpreise in 2 Jahren von 10 auf 14 gestiegen seien, so weiß ich überhaupt nicht, was eine Steigerung ist, wenn das keine sein soll. Als es sich um die Abschaffung der Mähl- und Schlichtsteuer handelte, stand der Herr Abg. Löwe an der Spitze der Bewegung und vertrat damals das entgegengesetzte Prinzip im Schoße der Volkvertretung. Wie er heute dazu kommt, in dieser Beziehung seine ganze Vergangenheit zu verleugnen, weiß ich nicht. Um aber nochmals auf den Ausgangspunkt zurückzukommen, möchte ich die Bundesregierung ersuchen, wenn sie an dem Traubenzoll etwas ändern will, es ist nicht in der Richtung zu thun, wie es von Seiten der ersten Rebner geschehen.

Damit schließt die Debatte. Der Titel wird genehmigt. Um 4 1/2 Uhr wird die weitere Verathung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

Berlin, 16. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Regierungs-Minister Grafen zu Dohna-Land zu Breslau die Kammerjunferwürde verliehen.

Se. Majestät der König hat den Regierungs- und Medicinal-Rath Dr. med. Oscar Schwarz zu Köln und Dr. med. Ernst Schwarz zu Trier den Charakter als Geheim-Medicinal-Rath verliehen.

Der praktische Arzt Dr. Klamroth zu Guben ist zum Kreis-Bezirksarzt des Kreises Guben ernannt worden.

Berlin, 16. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute die Meldung des Obersten von Gottberg, Commandeur der 18. Cavallerie-Brigade, sowie den Vortrag des Wirklichen Ge-

Helmen Rath von Wilmowitz entgegen. Mittags 1½ Uhr begrüßte Se. Majestät die durchreisenden Großfürsten von Rußland in der Hofkapelle und machte dann eine längere Spazierfahrt. Sodann wurde der königlich sächsische Ober-Marschall von Gersdorff und der Major a. D. Graf Häfeler empfangen. — Gestern dinirten der Kronprinz und die Kronprinzessin, die Prinzessin Christlan zu Schleswig-Holstein und der Erbprinz von Baden bei den Majestäten. [Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] empfingen gestern das Präsidium des Reichstages.

[Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz] nahm gestern militärische Meldungen entgegen und begab sich Mittags um 1 Uhr zu Sr. Majestät dem Kaiser und Königin. (R.-Anz.)

□ Berlin, 16. März. [Unser Kronprinz. — Der Abg. Frischke in Amerika. — Belfische Wünsche. — Die Hansestädte und der Zollverein. — Der deutsch-österreichische Handelsvertrag.] Ueber den Gang unserer inneren Politik ist wenig Neues zu melden. Noch immer beherrscht das Attentat nicht nur vorwiegend, sondern ausschließlich das öffentliche Interesse. Jeder Tag bringt uns Neues. Heute Mittag sind die Großfürsten Sergei und Paul von Rußland auf dem Wege nach Petersburg hier eingetroffen. Unser Kronprinz sollte sich ihnen anschließen. Noch im letzten Momente vor der auf 2 Uhr angesetzten Abfahrt erfolgte die Absage. Der Kronprinz ist also noch hier. Wann er gehen wird, Niemand weiß es. Angeblich soll eine Erklärung ihn zurückgehalten haben. Aber dann wäre doch sicherlich ein anderer Prinz an seiner Stelle gegangen. Wie dem auch sei, in der Bevölkerung ist man zufrieden, daß der Kronprinz noch in Berlin weilt und man würde sich von Herzen freuen, wenn er gar nicht ginge. — Inzwischen ist hier ein Rückschlag auf die Sozialisten nicht ausgeblieben. Aus Tempelhof bei Berlin, wo sie sich in ziemlich zahlreicher Anzahl versammelt haben, ist einer der bekanntesten Agitatoren ausgewiesen worden, und man erwartet weitere Ausweisungen-Decrete. Ob dazu vielleicht das Auftreten des jetzt in Amerika weilenden Abg. Frischke beigetragen hat, der einer Kabelle despreche zufolge in einer sozialistischen Versammlung in Chicago am Montag erklärt hat: „Man möge es ihm nicht übel deuten, wenn er über das Petersburger Attentat sich wenig äußere, da er im Hinblick auf seine Rückkehr nach Deutschland sehr vorsichtig sein müsse.“ — Bezüglich des verfallenen Winterpostens weiß die „Köln. Zeitung“ bestimmt zu melden, daß Herr Scholz zum Eintritt in das Ministerium designiert ist; ob jedoch sein Ressort das des Cultus oder des Innern sein werde, hänge davon ab, für welches Portefeuille Herr v. Puttkamer sich schließlich entscheiden werde. Diese Mitteilung gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß Herr v. Puttkamer sich des Ministeriums des Innern seit einigen Tagen in einem Umfange und mit einem Eifer annimmt, der auf mehr als ein Provisorium schließen läßt. Zwar hält man höheren Orts noch daran fest, daß er in der That sein bisheriges Ressort behalten solle. Alle Anzeichen aber deuten darauf hin, daß er sich mit dem Gedanken des Uebergehens vertraut zu machen anfängt. — Von welcher nationalen Gesinnung die Clericalen sind, zeigt eine Meldung, welche der „Westf. Courier“ sich aus London schicken läßt und deren Befestigung noch abzuwarten ist. Auf dem Grabstein des verstorbenen Königs von Hannover nämlich soll die Inschrift enthalten gewesen sein: „Georg II., last King of Hannover“. Auf Anordnung der Königin von England soll nun, so behauptet das Blatt, die Bezeichnung des verstorbenen Königs, als des letzten Königs, durch Hinwegradirung des Wortes „last“ beseitigt worden sein. Auf den ersten Blick leuchtet wohl die Erfindung der Nachricht ein. Es läßt sich gar nicht denken, daß die Familie des Königs diesen officiellen Verzicht auf den Thron in Marmor hieb weissen lassen. Die Sache ist so absurd, daß sie in der That nur da Glauben finden kann, wo — der Wunsch Vater des Gedankens ist. — In den jüngsten Tagen haben die commissarischen Verhandlungen, vorwiegend diplomatischer Natur, über die Modalitäten begonnen, unter denen die Hansestädte in den Zollverein eintreten würden. — Auch die Sitzungen der diesseitigen und der österreichischen Commission wegen Abschluß des deutsch-österreichischen Handelsvertrages haben unter Vorsitz des Ministers von Bötticher am Dienstag begonnen, sind aber über die ersten Stadien der Organisation noch nicht hinausgekommen.

[Fürst Bismarck] war, wie im Reichstag verlautete, durch Unwohlsein und drängende Geschäfte davon abgehalten, der Mittwoch-Sitzung beizuwohnen.

[Der interimistische Minister des Innern, Herr von Puttkamer] hat, wie man vernimmt, seine neuen Geschäfte in einem Umfange und mit einem Nachdruck aufgenommen, daß der Gedanke einer bloß provisorischen Verwaltung dabei zurücktreten scheint. An höchster Stelle hält man vor wie nach am Verbleiben des Herrn von Puttkamer im Cultusministerium fest.

[Marine.] S. M. Rkt. „Rantius“, 4 Geschütze, Commandant Corbettiencapitän Ebdien, ist am 11. December 1880 in Apia, S. M. Rkt. „Gyane“, 4 Geschütze, Commandant Capitänlieutenant v. Glöden, am 5ten December pr. ebenfalls eingetroffen. — S. M. S. „Rump“, 9 Geschütze, Commandant Corbettiencapitän Schröder, ist am 20. Februar c. in Port Royal eingetroffen und beabsichtigte am 28. desselben Monats nach Savanna in See zu gehen. — S. M. Rkt. „Gylo“, 4 Geschütze, Commandant Capitänlieutenant von Schwammann I., hat am 2. März c. vor Port Said geankert.

[Das Gesetz, betreffend die Dedung von Ausgaben der Reichs-Anzeiger] 1878/79 und 1879/80 vom 6. März 1881 wird im Reichs-Anzeiger publicirt. Dasselbe bestimmt im § 1: Der Finanz-Minister wird ermächtigt, zur Dedung von Ausgaben der Rechnungsjahre 1878/79 und 1879/80, welche aus den Einnahmen dieser beiden Zeitabschnitte nicht bestritten werden können, 4,795,378 Mark 55 Pf. im Wege der Anleihe durch Veranlassung eines entsprechenden Betrages von Schuldverschreibungen zu beschaffen.

N u s s l a n d.

[Zum Attentat] wird der „B. A. Ztg.“ aus Petersburg, 15. März, telegraphirt: „Die Polizei war seit Dienstag informiert, daß in den Mißisten-Clubs lebhaftest Beratungen stattfinden. Zwei Verhaftungen am Mittwoch und eine am Freitag, ergaben zur Evidenz, daß neuerdings ein Attentat gegen den Kaiser beabsichtigt sei. In Folge dessen revisirte General Dersall Freitag Nacht persönlich das Winter-Palais. Da nichts Verdächtiges gefunden wurde, so beruhigte man sich bei Hofe, weil die Polizei seit Jahresfrist schon wiederholt unnütz alarmirt hatte. Der Kaiser selbst wünschte keine übertriebene Dörfere. Daß die Mißisten-Verhaftungen erhalten durch Leute, die aus politischen Gründen belgetreten waren, aber nichts mit den Mordplänen zu thun haben wollten, geht aus der großen Zahl von Warnungen und Denuncationen hervor, welche in den letzten Tagen bei Hofe, beim Minister Loris-Melikow und der Polizei eingelaufen waren. Unter denselben befanden sich Briefe aus Wien, Florenz, Zürich, Genf und anderen Städten. — Die gestern auf telegraphische Drebe vorgenommene strenge Revision des in Wirballeen angekommenen Petersburger Schnellzuges hat mehrere gefährliche Verbrecher, deren indirecter Antheil am Morde fast gewiß ist, in die Hände der Polizei gebracht.“

Der „Fr. Pr.“ zufolge ist von den verletzten zwanzig Personen ein Soldat vom kaiserlichen Convol, Namens Alexander Malewitsch, nach wenigen Minuten gestorben. Schwer verwundet sind

Führer Maximow, ein Knabe, Namens Nikolai Maximow, der Revier-Aufseher Galaktionow, welcher das Augenlicht verloren hat. Das Gehirn des Knaben Maximow ist stark verletzt und sein Zustand nach Behauptung der Aerzte hoffnungslos. Oberst Dworzhetsky's Zustand giebt beste Hoffnungen, obwohl er gegen vierzig Wunden empfang. Wie am Körper des verstorbenen Kaisers sind auch auf seinem Gesichte zahlreiche Spuren von Explosions-Körpern sichtbar. Man vermuthet daher, daß die Verbrecher nicht Dynamit-Bomben, wie anfangs geglaubt, benutzten, sondern Nitro-Glycerin in leichter Metallumhüllung.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Karlsruhe, 16. März. Prinz Wilhelm ist mit seiner Gemahlin heute Nachmittag nach Petersburg abgereist. Der Großherzog, die Großherzogin, Prinzessin Victoria, der Kronprinz von Schweden, Prinz und Prinzessin Karl und der russische Geschäftsträger waren zur Verabschiedung am Bahnhofe anwesend.

Strasburg i. E., 16. März. Wie hiesige Blätter melden, ist der Reichstagsabgeordnete für den Kreis Hagenau-Weissenburg, Schmidt-Baliffon, gestern in Folge eines Schlaganfalles auf seinem Gute in Roschwoog gestorben.

Wien, 16. März. Unterhaus. In Beantwortung einer Interpellation berichtete der Finanzminister Szapary über das Stadium der begonnenen Ausführung größerer Bauobjecte der Semliner Bahn. Mit der serbischen Regierung sei in Betreff der Savebrücke das nöthige Uebereinkommen getroffen worden. Ein darauf bezüglicher Gesetzentwurf werde noch in dieser Session vorgelegt werden. Szapary widerlegte sodann die Voraussetzung, daß das Ministerium des Auswärtigen oder die ungarische Regierung der Vorwurf eines Versäumnisses treffe. Aus der bisherigen Verzögerung der Verhandlung folge nicht, daß der Bau innerhalb des durch den Berliner Vertrag festgesetzten Termins nicht beendet werden würde. Der Minister legte großes Gewicht darauf, daß nicht nur die diesseitig, sondern auch die über das serbische Gebiet führende Linie baldmöglichst ausgebaut werde.

Neapel, 16. März. Nachts fand in Casamicciola abermals ein heftiges Erdbeben statt, welches den Einsturz weiterer Häuser verursachte. In Vaccaro und Serrafontana wurde gleichfalls ein Erdbeben verspürt. Einige Häuser wurden stark beschädigt. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Paris, 16. März. Der „Agence Havas“ zufolge sind die Gerüchte, daß in Algier Vorbereitungen zur Befestigung von Tunis getroffen würden, oder daß eine Kriegscorvette nach Tunis geschickt werden solle, unbegründet. Die Algierer Eisenbahn-Gesellschaft Bonaguelma habe eben von der Regierung von Tunis eine tägliche Entschädigung von 2000 Frs. für die ihr durch die Einstellung der Arbeiten auf der Strecke Tunis-Bussa verursachten Nachtheile verlangt. — Der Chef des Militärstaats des Präsidenten Grévy, General Pittié, begibt sich im Auftrag des Präsidenten nach Petersburg, um den dort stattfindenden Trauerfeierlichkeiten beizuwohnen.

Petersburg, 16. März. Gestern Abend fand die Eingurgung der Leiche des verstorbenen Kaisers und die Ueberführung derselben nach der großen Kirche des kaiserlichen Palais statt. Der Sarg wurde zu Häupten von dem Kaiser und dem Großfürsten Wladimir und an den Seiten von den übrigen Großfürsten, dem Prinzen von Leuchtenberg und dem Prinzen von Oldenburg getragen. Die in den Sälen anwesenden Personen knieten nieder, als der Zug an ihnen vorüberging. In der Kirche wurde hierauf eine Lobtenne gehalten. Die feierliche Ueberführung der Leiche aus der Kirche des Palais in die Peter-Pauls-Kathedrale findet am nächsten Freitag statt. Dort bleibt die Leiche bis zur Beisetzung ausgestellt. Letztere findet voraussichtlich am 27. März statt. — Neben Telegrammen von außerhalb gehen aus allen Theilen des Reichs ununterbrochen Telegramme ein, welche alle die gleiche Trauer und die gleiche Enttäuschung bekunden. Ueberall strömt die Bevölkerung in die Kirchen, um zu beten; nirgends zeigt sich irgend eine Spur von Störung. Allenfalls findet die Liebe zum kaiserlichen Hause den lebendigsten Ausdruck. Bauerngemeinden tief im Innern des Reichs senden Deputationen hierher, um Blumenkronen auf den Sarg des verstorbenen Kaisers niederzulegen.

Petersburg, 16. März. Nach officieller Ansage kündigen morgen Wappenhörde in Trauer, begleitet von Abtheilungen der Gardes à cheval und der Chevalier-Garde vor den kaiserlichen Schlössern und in verschiedenen Stadtquartieren die Ueberführung der kaiserlichen Leiche nach der Peter-Pauls-Kathedrale an. Dasselbst wird das Publikum allgemeinen Zutritt haben. — Die „Agence Russe“ sagt: Der Schmerz des Kaisers und der russischen Nation ist unermesslich. Die sowohl im Ausdruck als in der Form außergewöhnlichen Beweise des Mitgeföhls und der Sympathie, welche die souveränen Regierungen und die Volksvertretungen der ganzen Welt der russischen Nation geben, zeigten ihr den Verlust noch einmal in seiner ganzen Größe. Die Theilnahme an dem Schmerze tröstet zwar nicht, aber ihre einmüthige Kundgebung bewegt tief den Kaiser und die russische Nation.

Petersburg, 16. März. In der Kirche der deutschen reformirten Gemeinde fand heute ein feierlicher Trauergottesdienst statt, welchem der deutsche Botschafter mit dem gesammten Personale der Botschaft in großer Uniform und eine große Anzahl anderer Personen beizuwohnten. Pastor Dalton hielt die Gedächtnisrede, in welcher er den Verlust schilderte, den Rußland erlitten hat und ernste Ermahnungen an die Anwesenden richtete. U. A. sagte der Redner, daß seit Wera Saffaltich freigesprochen worden, es wie ein Fluch auf Rußland lasse. Nach dem letzten Gebet stimmten alle Anwesenden, während die Orgel einsetzte, stehend in den Gesang der Nationalhymne ein.

Petersburg, 16. März. Heute wurde an der Ecke der Newsky- und Kleinen Gartenstraße, im Hause Murgan, in einer im Erdgeschoße gelegenen Kassebude, ein Minengang entdeckt. Derselbe geht von dem Wohnzimmer des Inhabers der Bude aus. Die Deffnung ist unter einem Diban versteckt. Der Inhaber der Bude mit seiner Frau sätheten. Die Bude und die Wohnung war im Stich gelassen. Der Diban war mit Schutt angefüllt. Eine Brechfrange wurde vorgefunden. Die Mine ist in der Richtung der Kleinen Gartenstraße gegraben, welche zur Manege führt. Gegenwärtig arbeitet eine Abtheilung Pioniere an dem aufgefundenen Gange.

Washington, 16. März. Heute fand in der hiesigen russischen Gesandtschaftskapelle ein Trauergottesdienst für den verstorbenen Kaiser Alexander statt, welchem der Staatssecretär Blaine und das diplomatische Corps beizuwohnten.

Southampton, 16. März. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Der“ ist hier eingetroffen.

Berlin, 16. März. Das Präsidium des Reichstages, die Herren v. Gopler, Freißner zu Frandenheim und Ackermann, wurden gestern Nachmittag 1½ Uhr vom Kaiser in Audienz empfangen; dieselbe währte gegen 10 Minuten. Auf die Ansprache des Präsidenten von

Gopler, welcher namens des Reichstages dessen Theilnahme an dem schweren Unglücksfall, durch den die kaiserliche Familie in so große Betrübnis versetzt sei, ausdrückte, erwiderte der Kaiser unter Anderem: Er sei höchlich erfreut über die von den Vertretern der deutschen Nation ihm dargebrachten Beweise der Theilnahme; er habe in dem Kaiser Alexander II. seinen lieben Verwandten und treuen Freund zugleich verloren. Der Kaiser erwähnte, wie gerade die preussische und russische Herrscherfamilie durch drei Generationen mit einander verwandt seien und Freud und Leid gemeinsam getragen haben. Der Kaiser, der sichtlich tief bewegt war, hob noch hervor, wie dieser neueste Vorfall in St. Petersburg gezeigt habe, daß es keinen Schutz für das Leben der Monarchen gebe. Der Kaiser entließ die Deputation in freundlicher und zuvorkommender Weise, sprach wiederholt seine Genugthuung aus und ersuchte den Präsidenten von Gopler, dem Reichstage davon Mittheilung zu machen, wie er, der Kaiser, durch die Theilnahme des Reichstages hoch erfreut sei. Das Reichstagspräsidium begab sich demnach zur Kaiserin, welche den Wunsch ausgesprochen hatte, die Deputation zu empfangen. Auch die Kaiserin gab ihre Genugthuung über die Theilnahme des Reichstages Ausdruck und unterthelt sich dann in hübschster Weise über die hohe Bedeutung und die Aufgabe des Reichstages.

Petersburg, 16. März. Kaiser Alexander III. hat beschloffen, vor Allem seine Thätigkeit auf die Verbesserung der Lage im Innern zu richten, damit Friede und Sparsamkeit, welche für Rußland so nothwendig seien, gedeihen könnten; „Friede und Sparsamkeit“ sollen die Devise der neuen Regierung sein. (Tribüne.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(B. L. B.) Paris, 16. März, Abends. (Boulevard.) 3% Rente —. Neueste Anleihe 1872 120, 83. Türken —. Neue Egypter 361, —. Banque ottomane —. Italiener 90, 35. Chemins —. Deffter. Goldrente 81, —. Ungar. Goldrente 98, 18. Spanier ertr. —, inter. —. Staatsbahn —. Lombarden —. 1877er Russen 94%. Türkenloose —. Türken 1873 —. Amortisirbare —. Orient-Anleihe —. Pariser Bank —. Schwach. Frankfurt a. M., 16. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. (Schluß-Course.) Londoner Wechsel 20, 515. Pariser Wechsel 80, 95. Wiener Wechsel 174, 40. Köln-Mindener-Stamm-Actien 150%. Rheinische Stamm-Actien 162%. Hessische Ludwigsbahn 92%. Köln-Mind. Prämien-Anth. 131%. Reichsanleihe 101%. Reichsbank 145%. Darmstädter Bank 146%. Meiningen Bank 96%. Deffter.-Ungarische Bank 706, 50. Creditactien 260%. Silberrente 66. Papierrente 64%. Goldrente 80. Ungarische Goldrente 98. 1860er Loose 123%. 1864er Loose 315, 00. Ungarische Staatsloose 224, 50. Ungar. Odbahn-Obligat. II. 89%. Böhmische Westbahn 227. Elisabethbahn 177%. Nordwestbahn 172. Galizier 237%. Franzosen 250%. Lombarden 90%. Italiener 90%. 1877er Russen 93. 1880er Russen 75%. II. Orientanleihe 60%. III. Orientanleihe 60%. Central-Pacific 112%. Wiener Bankverein 109%. Kronpr. Rudolf —. Ungarische Papierrente —. Elbthal —. Lothringer Eisenwerke —. Privat-Discount —. pSt. Spanier —. Schwach. Nach Schluß der Börse: Creditactien 260. Franzosen 251. Galizier —. Lombarden —. Ungar. Goldrente 97%. 1880er Russen —. II. Orientanleihe —. III. Orientanleihe —. Deffter.-Ungar. Bank —. *) per medio resp. per ultimo. Hamburg, 16. März, Nachm. (Schluß-Course.) Breuss. 4proc. Conjols 101, Hamburger St.-Pr.-A. 126%, Silberrente 65%, Deff. Goldrente 80, Ung. Goldrente 97%, Credit-Actien 259%, 1860er Loose 123%, Franzosen 626, Lombarden 226, Ital. Rente 89%, 1877er Russen 92%, 1880er Russen 73%, II. Orient-Anl. 58, Courantrente 111%, Norddeutsche 163, 5% Amerik. 94%, Rhein. Eisenbahn 163%, do. junge 158%, Berg.-Märkische do. 113%, Berlin-Hamburg do. 229, Altona-Kiel do. 156%. Discount 2% p. Mott.

Hamburg, 16. März, Nachm. (Getreidemarkt.) Weizen loco und auf Termine ruhig. Roggen loco still, auf Termine ruhig. Weizen pr. April-Mai 207, 59 Br., 206, 50 Br., pr. Juni-Juli 214, 00 Br., 213, 00 Br., Roggen pr. April-Mai 190, 00 Br., 189, 00 Br., pr. Mai-Juni 185, 00 Br., 185, 00 Br., Hafer fest, Gerste matt. Rübsöl still, loco 54, 50 Br., Mai 54, 50. Spiritus still, per März 47 1/2 Br., per April-Mai 47, 25 Br., per Mai-Juni 47, 25 Br., per Juni-Juli 47, 25 Br. Raffee fest, Umiak 3000 Sack. Petroleum ruhig, Standard white loco 8, 50 Br., 8, 30 Br., per März 8, 30 Br., per August-December 8, 40 Br. Weiter: Schön.

Hafen, 16. März. Spiritus pr. März 52, 60, pr. April 53, 10, pr. April-Mai 52, 80, pr. Juli 54, 60. Get. 15,000 Liter. Bebaupet. Liverpool, 16. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Nutzmäßiger Umsatz 8000 Ballen. Stetig. Tagesimport 21,000 Ballen, davon 18,000 B. amerikanische. Middel. amerikanische März-April-Lieferung 6 1/2, D.

Liverpool, 16. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Stetig. Middel. amerikanische April-Mai-Lieferung 6 1/2, D. Mai-Juni-Lieferung 6 1/2, D.

Wien, 16. März, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, auf Termine lustlos, pr. Frühjahr 11, 20 Br., 11, 25 Br., pr. Herbst 10, 30 Br., 10, 35 Br., Hafer pr. Frühjahr 6, 35 Br., 6, 40 Br., Mais pr. Mai-Juni 5, 85 Br., 5, 90 Br., Rohraps 12%. — Weiter: Schön.

Paris, 15. März, Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest, pr. März 29, 30, pr. April 28, 90, pr. Mai-Juni 28, 50, pr. Mai-August 28, 25. Roggen fest, pr. März 21, 75, pr. Mai-August 21, 25. Mehl fest, pr. März 62, 50, pr. April 62, 25, pr. Mai-Juni 61, 75, pr. Mai-August 61, 30. Rübsöl ruhig, pr. März 71, 75, pr. April 72, 00, pr. Mai-August 73, 50, pr. September-December 74, 50. Spiritus fest, pr. März 61, 00, pr. April 61, 00, pr. Mai-August 59, 75, pr. September-December 58, 25. — Weiter: Schön.

Paris, 16. März, Nachmittags. Rohzucker 88° loco fest, 57, 25. Weißer Zucker bebaupet, Nr. 3 per 100 Kgr. per März 67, 75, per April 68, 00, per Mai-August 68, 25.

London, 16. März, Nachm. Savannazucker Nr. 12 24. Fest.

Amsterdam, 16. März, Nachm. Banlangen 53.

Antwerpen, 16. März, Nachm. 4 Uhr 30 Min. (Petroleummarkt.) (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 21 1/2 bez., 21 1/2 Br., per April 21 1/2 Br., per September-December 22 Br. Fest.

Bremen, 16. März, Nachmittags. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 8, 30, per April 8, 20, per Mai 8, 15, per August-December 8, 60. Alles Brief.

Provincial-Beitung.

Breslau, 16. März.

—r. [Bewegung der Bevölkerung.] In der Woche vom 6. bis 12. März wurden 28 Ehen (in der Woche 40) geschlossen. Geboren wurden 213 Kinder (111 Knaben und 102 Mädchen), darunter 187 männliche. Die Zahl der Gestorbenen (excl. Todtgeborenen) betrug 157 (97 männliche und 60 weibliche). Der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle betrug mithin 28, in der vorigen Woche 40. Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 68, von 1—5 Jahren 23, von 5 bis 15 Jahren 8, von 15 bis 20 Jahren 5, von 20 bis 30 Jahren 19, von 30 bis 40 Jahren 13, von 40—60 Jahren 23, von 60—80 Jahren 25, von über 80 Jahren 3. Die Todesursachen waren: Scharlach 3, Diphtheritis 2, Rindpest 1, Unterleibstypus 3, Ruhr 1, Darm- u. Magenentzündung 10, Gehirnschlag 9, Krämpfe 19, andere Krankheiten des Gehirns 10, Lungen-, schwindel 12, Lungen- und Luftröhrenentzündung 19, andere acute Krankheiten der Athmungsorgane 7, andere Krankheiten der Athmungsorgane 35, alle übrigen Krankheiten 52, Unglücksfall 1, Selbstmord 3. Nach der berechneten Einwohnerzahl von 273,000 kommen in dieser Woche auf 1 Jahr und 1000 Einwohner: Lebendgeborene 37,82, Gestorbene (excl. Todtgeborene) 35,72.

—r. [Temperatur. — Niederschläge.] In der Woche vom 6. bis 12. März betrug die mittlere Temperatur 3,3, die höchste 12,1, die niedrigste —8,1° C.; die Höhe der Niederschläge 39,50 mm.

—r. Ranslau, 16. März. [Eisenbahn-Angelegenheit.] Heute Nachmittag 3 Uhr fand die feierliche Beerdigung des hier am 12. d. M. Abends nach 10 Uhr plötzlich an Lungenentzündung verstorbenen königlichen Landraths des Ranslauer Kreises, Herrn Salice-Contessa, statt. Der Verlebte war in seiner Landrathsuniform in einem schwarzdecorirten Zimmer seines Hauses zwischen grünen Gewächsen und brennenden Kerzen aufgebahrt und zeigte

